

# LANDESHAUPTSTADT DRESDEN

## - Stadtrat -

Vorlage Nr.: P0049/21

Datum: 3. Februar 2021

### ZWISCHENBERICHT

des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung  
(P/016/2021)

über:


e-Petition "Betrifft Wegfall der Parkplätze auf dem Terrassenufer"

*Die Petition wird wegen der ausstehenden Verwaltungsstellungnahme einvernehmlich vertagt.*

*Der Oberbürgermeister wird um Folgendes gebeten:*

1. *Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung bittet um Auskunft, wie viele Radfahrende den Radschutzstreifen auf dem Terrassenufer im Vergleich zum parallel verlaufenden Elbradweg nutzen.*
2. *Es wird darum gebeten zu prüfen, falls das Stadtplanungsamt und das Straßen- und Tiefbauamt eine Umplanung der Radwegführung auf dem Terrassenufer vornehmen würden, inwieweit Belange des Denkmalschutzes bezüglich des Gehweges sowie des Baumbestandes tangiert werden.*
3. *Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung bittet um Positionierung der Verwaltung bezüglich der Vorschläge der Petentin:*
  - a. *gemeinsamer Geh- und Radweg wie im Radverkehrskonzept von 2017 angedacht*
  - b. *stadteinwärtiger Gehweg -> Umwandlung zum ausschließlichen Radweg*
  - c. *Prüfung eines Parkraumkonzeptes für die Pirnaische Vorstadt*

*(Anlage - Referat aus der Sitzung vom 04.02.2021).*

  
Annetrin Klepsch  
Vorsitzende

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit, Ihnen das Anliegen meiner Nachbarn und mir kurz darlegen zu dürfen.

Mein Name ist \_\_\_\_\_ ich bin geboren und aufgewachsen in Dresden. Ich lebe sehr gern in unserer wunderschönen Innenstadt, um die uns viele Touristen beneiden. Im September habe ich mich allerdings sehr über das Parkverbot am Terrassenufer geärgert. Als kurze Zeit später der Radschutzstreifen umgesetzt wurde, brodelten im gesamten Wohngebiet die Emotionen. Immer wieder kam ich mit Nachbarn ins Gespräch, die wie ich die Umsetzung des Radweges kritisierten. Eine Nachbarin hat das folgendermaßen beschrieben: "Das wirkt so als wurde einfach der Pinsel rausgeholt und mal losgemalt!"

Seither parken Handwerker und Lieferanten grundsätzlich auf dem Fußweg oder auf den Grünflächen. Beim Entladen und Hochtragen schwerer Einkäufe parkte mein Nachbar ebenfalls auf dem Fußweg und bekam prompt ein Verwarnungsgeld auferlegt. Ihm wurde empfohlen auf der Fahrbahn, neben dem Radschutzstreifen, das Fahrzeug abzustellen.

Als er mir die Geschichte erzählt hatte, suchte ich nach einer Möglichkeit mein Anliegen der Stadt mitzuteilen, eine Prüfung des Sachverhaltes einzufordern und gleichzeitig darzulegen, dass viele Bürger in der Pirnaischen Vorstadt am Thema interessiert sind.

Mit der E-Petition fand ich diese Möglichkeit. In einem Brief habe ich um Mitzeichnung gebeten und weitere Vorschläge, Kommentare, Fragen separat per Email eingefordert. Diesen Brief habe ich in 600 Briefkästen meiner Nachbarn eingeworfen und bin stolz 327 Mitzeichner vorweisen zu können. Ebenfalls habe ich zahlreiche E-Mails erhalten und wurde oft im Hof angesprochen. Hier einige Beispiele:

Eine Frau hat geschrieben auf Taxifahrten angewiesen zu sein. Die Fahrer wollen nicht auf dem Fußweg halten, weswegen sie mit zwei Gehhilfen in die Nebenstraße laufen muss.

Eine Familie schrieb, dass Ihre Lebensqualität erheblich leide, da Freunde nur noch ungern zu Besuch kommen, da es bei uns ja immer keine Parkplätze gibt.

Eine Nachbarin freute sich aber auch über den schönen neuen Radweg.

Eine weitere Nachbarin erzählte, dass Ihr Sohn sie jeden Mittag besucht, da sie pflegebedürftig ist. Der Sohn muss jetzt immer hinter dem Gericht parken und Einkäufe bis vor ans Terrassenufer tragen. Sie fühlt sich schlecht, weil sie ihm das abverlangen muss.

Bis 2012 investierte der Freistaat Sachsen 32 Millionen Euro für den Neubau des Amtsgerichtes an das Landgericht in der Pirnaischen Vorstadt. Im neuen Justizzentrum sind ca. 700 Bedienstete tätig. Für lediglich 178 Mitarbeiter gibt es Parkmöglichkeiten in der Tiefgarage, nicht für die Bürger die einen Amtsgang tätigen müssen. Bis 2009 standen auf dem Areal ca. 100 Garagen der Mitglieder der größten Wohnungsgenossenschaft im Gebiet, welche mit dem Neubau ersatzlos entfernt wurden.

Seit der Errichtung des Radschutzstreifens am Terrassenufer sind drei weitere Parkplätze zugunsten eines Anlieferungsbereiches des Landgerichtes auf der Roßbachstraße weggefallen. In einem Brief der Stadt vom 18. Januar an meine Nachbarin wird festgestellt, dass wir, die Anwohner, keinen detaillierten Überblick über städtebauliche und verkehrliche Maßnahmen haben. Die Frau hat sich erkundigt ob ein Ersatz für die drei entfernten Parkplätze am Landgericht oder die 60 am Terrassenufer, geplant ist. Ihr wurde mitgeteilt, dass nach Abwägung der Nutzungsansprüche im öffentlichen Verkehrsraum, die Radwegführung am Terrassenufer sowie das Halteverbot in der Roßbachstraße den Vorzug erhalten haben.

Wir stellen uns allerdings die Frage, wer hier abgewogen hat, weil weder Stadtbezirksbeirat noch Stadtrat mitgesprochen haben. Die Bürger wurden im Amtsblatt erst nach Umsetzung der Baumaßnahme informiert.

Diese Umsetzung betrifft nicht nur Anwohner und deren Familien, Bedienstete und Amtsgänger des Landgerichtes. Jedesmal, wenn Bürger eine Großveranstaltungen in der Innenstadt, wie beispielsweise den Semperoperball, die Filmnächte am Elbufer, Konzerte und Aufführungen auf dem Theaterplatz, Stadtfest, Dixieland, Laufszeneevents, Strietzelmarkt, Flohmarkt etc. besuchen, fehlen diese Parkplätze.

In den vergangenen Monaten haben sich die Emotionen etwas beruhigt. Ein gemeinsamer Geh- und Radweg wie ursprünglich im Radverkehrskonzept 2017 angedacht, würde eine Möglichkeit bieten, die aus unserer Sicht dringend benötigten Parkplätze wiederherzustellen.

Eine weitere Lösung, die wir bitten zu prüfen, wäre aus dem Gehweg stadteinwärts, einen ausschließlichen Radweg zu machen. Fußgänger nutzen ohnehin meist den breiteren und ebeneren Gehweg entlang der Wohnhäuser. Radfahrer wären damit ideal geschützt und auch die Parkplätze könnten wiederhergestellt werden. Zudem könnte die Stadt Einnahmen durch die, nach wie vor Tag und Nacht blinkenden, funktionstüchtigen Parkautomaten generieren. Eine Win-win-win-Situation aus unserer Sicht!

Wir bitten inständig um eine Prüfung des Parkraumkonzeptes für die Pirnaische Vorstadt wie im Schreiben von Herrn Szuggat erwogen. Es liegt uns am Herzen für alle Verkehrsteilnehmer eine sichere und positive Lösung zu erarbeiten.

Vielen Dank!